



28.08.2007 | Nr. 306/07

Johannes Callsen und Susanne Herold: Harter Schlag für den Norden

Mit Betroffenheit hat die CDU-Landtagsfraktion Berichte über den Beschluss Motorolas, das Flensburger Werk zu schließen, heute (28. August) zur Kenntnis genommen. Dazu erklären der wirtschaftspolitische Sprecher, Johannes Callsen, und die örtliche Abgeordnete Susanne Herold, MdL: „Die Schließung der Logistik-Sparte von Motorola in Flensburg ist ein harter Schlag für die Region Flensburg und den Landesteil Schleswig. Besonders für die 700 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit ihrem Einsatz in den vergangenen Jahren zum Erfolg des Flensburger Motorola-Werkes beigetragen haben, ist die in Chicago getroffene Entscheidung eine ganz bittere Nachricht“.

Höchste Anerkennung verdiene der hohe Einsatz von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Wirtschaftsminister Dietrich Austermann, die sich umgehend persönlich und mit einem großem Maß an Förderangeboten bei der Konzern-Zentrale in den USA für den Erhalt des Flensburger Motorola-Werkes eingesetzt hatten.

Die Konzern-Entscheidung vernachlässige nicht nur die Standortvorteile der Region Flensburg, sondern mache zugleich die Problematik der Abhängigkeit einer Region von einem einzigen Konzern deutlich. „Es war und ist daher richtig, dass die CDU-geführte Landesregierung auf eine verstärkte Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein setzt, um das Wirtschaftswachstum in der Fläche zu unterstützen und auf eine breite Basis zu stellen; hier gibt es inzwischen sehr deutliche Signale“, so Callsen.

„Wir setzen darauf, dass die von der Landesregierung eingeleiteten Leuchtturmprojekte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die Förderung des Landesteils Schleswig sowie die Möglichkeiten des Zukunftsprogramms Wirtschaft und des Zukunftsprogramms Arbeit gerade für den Norden Schleswig-Holsteins offensiv genutzt werden, um das auch im Landesteil Schleswig bereits spürbare Wirtschaftswachstum weiter auszubauen und noch mehr neue Arbeitsplätze zu schaffen“, erklärten Callsen und Herold abschließend.